Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wir uns dankbar freuen, in der Hoffnung, daß er uns noch Vieles schenken wird.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nach dem 5. Dezember.

Wäre es bei der Abstimmung vom 5. Dezember nur um die künftige Regelung der schweizerischen Getreidewirtschaft gegangen, so könnten wir uns an dieser Stelle mit einer kurzen Aufzeichnung des Abstimmungsergebnisses begnügen. Dieses Ergebnis selbst wie die Kommentare dazu und die seitherigen Vorgänge in der Bundesversammlung bestätigen aber erneut, daß die Getreidefrage als solche bei den leidenschaftlichen politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate nur eine untergeordnete Rolle spielte, daß es dabei also weniger um eine Frage der Volkswirtschaft, als um politische Fragen, um Fragen der Macht und der führenden Stellung im Staate ging.

Eine eindeutige Erklärung für das Abstimmungsergebnis vom 5. Dezember geben zu wollen, dürfte unmöglich sein — eben weil die Gesichtspunkte, unter denen für oder gegen die Vorlage entschieden wurde, viel zu mannigfaltig sind. Zur Hauptsache um der Sache willen dürfte das Monopol Annahme gefunden haben in den Kantonen des Mittellandes, in denen der Getreidebau noch eine größere Bedeutung hat: Schaffhausen, Zürich, Aargau, Solothurn, Bern, Waadt. Von den Bergkantonen, denen die Monopollösung billiges Brot sichern sollte, nahmen Wallis und Tessin an. Für das verwerfende Stimmenmehr waren die Stickerei-Kantone der Ostschweiz ausschlaggebend: allein St. Gallen und Appenzell zählen zusammen 40,000 mehr Nein als Ja. Das verwerfende Ständemehr entschieden die fünf innerschweizerischen Kantone: Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus, wobei in den beiden letzteren die Unterschiede zwischen verwerfenden und annehmenden Stimmen nicht allzugroß sind. Nah bis ziemlich nah kamen sich die Stimmen in den Kantonen Graubünden, Thurgau, Luzern, Basel-Stadt und -Land, Freiburg, Neuenburg und Genf. Zusammengerechnet stehen hier rund 90,000 Ja nur 105,000 Nein gegenüber, also ein Mehr von nur 15,000 Nein. Was für Beweggründe und Triebkräfte dürften in den verwerfenden Kantonen bestimmend gewesen sein? Bei den innerschweizerischen Kantonen, ja möglicherweise selbst bei Graubünden, Luzern, Freiburg, Neuenburg und Genf, hat der alte Gegensatz Föderalismus-Zentralismus seine Rolle gespielt. Ganz in diesem Sinne wird das Abstimmungsergebnis in den führenden welschen Blättern ausgedeutet. So schreibt beispielsweise das „Journal de Genève": „Die katholischen Kantone haben die Schweiz gerettet. Die erdrückenden negativen Mehrheiten der Urkantone zeigen, daß die alte Schweiz die Schutzwehr der Freiheit und des Föderalismus bleibt"; oder die „Tribune de Lausanne": „Das ist die erfreuliche Seite dieses erinnerungswürdigen Tages: die Verwerfung des Monopols ist der Sieg des Föderalismus und des Anti-Etatismus." Selbst das Pariser Boulevard-Blatt „Tribune de Genève" feiert die Kantone der Urschweiz als die „treuen Hüter unserer gesundesten und kostbarsten Überlieferungen", was in seinem Munde natürlich nichts anderes heißt, als daß in diesen „gesundesten und kostbarsten Überlieferungen", d. i. in einem möglichst losen, föderalistischen Gefüge des schweizerischen Staates, die französische Politik stets ihr vornehmstes Mittel erblickt hat, sich in der Schweiz ihren maßgebenden Einfluß zu sichern. Im Ergebnis der reinen Städte- und Grenzlage-Kantone Genf und Baselstadt wirkte sich auch deren Vorliebe für das Freihändlertum, den alten Wirtschaftsliberalismus aus. Was aber hat den

Ausschlag gegeben in den Mittelland-Kantonen, sei es, daß diese verwarfen, wie etwa der Thurgau, oder so große verwerfende Minderheiten aufwiesen, wie etwa Zürich, Aargau, Solothurn?

Handelt es sich natürlich schon bei dem Gegensatz des Föderalismus zum Zentralismus um eine Frage der Macht, nämlich darum, ob die kleinen innerschweizerisch-katholischen und die sprachlich minderheitlichen welschen Kantone einen gewissen Anteil an der Staatsführung zu behaupten vermögen, so geht es erst recht bei den parteipolitischen Auseinandersetzungen in den vorwiegend protestantischen Mittelland- und Industriekantonen um eine Frage der politischen Machtstellung, nämlich darum, ob die bisher führenden Schichten sich ihren ausschlaggebenden Einfluß auf die Staatsführung erhalten können, oder ob sie sich künftig mit andern Schichten darin teilen, oder gar die Führung an diese abtreten müssen. Sehr offen, wenn auch vom Standpunkt der betreffenden Partei nicht gerade sehr geschickt, hat Nationalrat Meyer im Nationalrat es ausgesprochen, daß „manches beim Monopol einfacher gewesen wäre"; daß indessen „eine so eminent politische Frage nicht allein nach solchen technischen Vorteilen" dürfe entschieden werden. Das ist das offene Eingeständnis, daß die freisinnigen Monopolgegner zu ihrer Gegnerschaft gegen das Monopol nicht in erster Linie durch sachliche, sondern durch machtpolitische Gesichtspunkte bestimmt worden sind. „Der Volksentscheid (vom 5. Dezember) wird die Grundlage schaffen, daß das gesamte bürgerliche Volk einschließlich der Landwirtschaft wieder zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten in der Politik gelangt", hat die „Neue Zürcher Zeitung" am 6. Dezember geschrieben. Und im gleichen Blatt vom 10. Dezember war anläßlich der Frage, ob Bundesrat Schultheß demissionieren müsse, als „überwiegende Auffassung in den parlamentarischen Kreisen der freisinnig-demokratischen Partei" wiedergegeben: „es sollte nicht ein Konfliktstoff geschaffen werden, der die so angelegentlich erstrebte Bildung einer einheitlichen bürgerlichen Front zu hindern geeignet wäre." Das ist doch wohl nicht anders zu verstehen, als daß die Annahme der „technisch" zwar zweckmäßigsten Monopollösung verhindert werden mußte, weil sie auf Grund einer nicht-bürgerlichen Parteigruppierung zustande gekommen wäre, was Ansehen und Einfluß der mit Hilfe der „bürgerlichen Front" führenden Partei auf die Staatsleitung herabgemindert hätte.

Ist aber eine derartige Politik nicht kurzsichtig? Dem Volksganzen, bezw. seiner Wirtschaft eine „technisch" weniger vorteilhafte — und das heißt doch wohl kostspieligere — Lösung zumuten, nur um sich in der eigenen Machtstellung zu erhalten, ist eine schlechte Empfehlung für den eigenen Herrschaftsanspruch. Wer Grundsätze vertritt und eine Politik verfolgt, die dem Volksganzen nicht das Höchstmögliche an Vorteilen zu bieten vermögen, hat abgewirtschaftet und den Anspruch auf die führende Stellung im Staate verloren. Das ist ein geschichtliches Gesetz, dem sich keine Partei entziehen kann. Die Folgen einer solchen Politik lassen sich genau voraussehen: Entweder sie führt zu einem vollständigen Stillstand des Staatslebens, an dessen Ende Revolution und Zusammenbruch stehen — es ist nicht schwer, hier Vergleiche zum 18. Jahrhundert und zum Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft an dessen Ende zu ziehen. Oder aber es ist eine Opposition dagegen vorhanden, die stark, beherrscht und ausdauernd genug ist, um auf verfassungsmäßigem Weg der zur Staatsleitung unfähig gewordenen Schicht allmählich die Führung zu entreißen.

Unterdessen hat das Schicksal der Initiative Duft im Nationalrat gezeigt, daß in der Volksvertretung nach wie vor eine große Mehrheit auf dem Monopolboden steht. Ob diese Mehrheit sich später spalten wird, und ob auf Grund der vom Bundesrat nun auszuarbeitenden monopolfreien Vorlage wieder eine „bürgerliche Front" einschließlich der Landwirtschaft entsteht, bleibe der Zukunft überlassen. Auf jeden Fall dürfte eine monopolfreie Vorlage in einer künftigen Volksabstimmung nicht allzuviel Aussicht auf Erfolg haben. Eine — selbst gute — Vorlage bei der heutigen allgemeinen Unzufriedenheit und gereizten Stimmung der Massen zu Fall zu bringen, ist nicht allzuschwer, besonders wenn man sich dabei auch in der Wahl der Mittel keine Beschränkung auferlegt. Eine

eigene — dazu „technisch" noch weniger vorteilhafte — Vorlage aber gegen die starke Opposition der Monopolfreunde und die zahllosen grundsätzlichen Neinsager durchzubringen, das ist eine ganz andere Sache. Anderseits wird alle andere gesetzgeberische Arbeit auf Bundesgebiet so lange ruhen müssen, bis die eidgenössische Getreidewirtschaft verfassungsrechtlich geregelt ist — praktisch ist sie es ja seit einem Jahrzehnt durch die bestehende Monopolwirtschaft. „Die Vorlegung einer anderen eidgenössischen Vorlage von Bedeutung wird sich vor der Lösung des Getreideproblems von selbst verbieten", heißt es im „Zürcher Bauer" vom 8. Dezember. Es zeugt nicht gerade von viel Scharfblick, wenn die „Neue Zürcher Zeitung" vom 9. Dezember meint, die Arbeiterschaft gewinne ja nichts „bei einem Scheitern der Alkoholreform", weil sie nur „auf lange Jahre hinaus die Versteinerung der Sozialversicherung bedeuten" werde. Die Sozialdemokratie rechnet bei ihren politischen Überlegungen mit langen Fristen. Wenn auch noch ein Jahrzehnt keine Sozialversicherung besteht, kann sie das verschmerzen. Die Unzufriedenheit bei den Massen über das Ausbleiben der Alkoholreform und der Sozialversicherung wird ihr aber unterdessen um so reichlicheren Zustrom zu ihrer Partei bringen. Daß die innerpolitische Lage nach der Abstimmung vom 5. Dezember verfahrener ist als vielleicht jemals seit Bestehen des schweizerischen Parlamentes, wird übrigens allerorts zugegeben. Das ist auch der Grund, warum die Getreidefrage in der heutigen öffentlichen Auseinandersetzung einen viel größeren Raum einnimmt, als ihr als solcher zukommen würde. Unser Staatsleben steht vor entscheidenden Wendungen! Die Getreidefrage ist zum Gegenstand eines politischen Machtkampfes geworden. „Das Resultat vom 5. Dezember zeigt aufs neue, daß in unserer formal ausgebildeten Demokratie die historischen Parteien nicht mehr im Stande sind, kursbestimmend aufzutreten" („Neue Berner Zeitung", offizielles Organ der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei).

In den Zusammenhang dieses politischen Machtkampfes, dem jetzt die Getreidefrage als Schauplatz dient, hat natürlich auch die Aktion gegen Grimms Nationalratspräsidentschaft gehört. Nicht nur sozialistische, sondern ebenso sehr bäuerliche und andere monopolfreundliche Blätter stellen die Rückwirkung des gegen Grimm gerichteten Feldzuges auf das Ergebnis der Volksabstimmung über das Getreidemonopol fest. So schreibt beispielsweise das katholisch-konservative Luzerner „Vaterland": „Die Ablenkungsaktion bei der Präsidentenfrage hat an sich allein die Mehrheit der Kantone Graubünden, Thurgau, Freiburg und Genf für die Monopolfreunde verloren gehen lassen. Die Kantone weisen zusammen 49,000 Ja gegen 53,000 Nein auf; in Freiburg allein kostete die Grimmaffaire ein paar tausend Stimmen. Ohne die Diversion der Präsidentenwahl wären die vier Kantone sicher für die Getreidevorlage gewonnen gewesen." An Kommentaren über die Nichtwahl Grimms dürfte dasjenige von Rigassi in der „Gazette de Lausanne" das aufschlußreichste sein: „Die Volksbewegung gegen Grimm ist vom Schweizerischen Vaterländischen Verband und durch die liberale welsche Presse entfesselt worden... Der 6. Dezember kann für unser Land ein Tag nationaler Wiedererhebung sein... Es ist ein voller Sieg der direkten Demokratie über die repräsentative Demokratie... Diese Wiederbelebung muß auch eine neue Richtung für unsere Bundespolitik sein, die bürgerliche Mehrheit des Nationalrates muß entschlossen auf die von Grimm verkörperte Politik verzichten."

Die einzelne Urheberschaft der Aktion gegen Grimm bleibe weiter dahingestellt. Wesentlicher ist, was von den verschiedenen Seiten mit dieser Aktion bezweckt wurde. Die „Gazette de Lausanne" gesteht mit erfreulicher Offenheit zu, daß deren Ziel das gleiche war wie bei der Getreidemonopolverwerfung: Wiedererrichtung der „bürgerlichen Front", Wahrung des bestimmenden Einflusses auf die Staatsleitung. Im Falle des Getreidemonopols wird voraussichtlich der gewünschte Erfolg ausbleiben. Die Verdrängung Grimms und die Wahl Maillefers, des Mannes der „Gazette de Lausanne", dagegen bedeutet einen vollen Erfolg auf dem Weg zur „nationalen Wiedererhebung" im Sinne des Lausanner Blattes. Vor sieben Jahren wurde im fünften Wahlgang Chuard mit 159 gegen 57 für Maillefer abgegebenen Stimmen zum Bundesrat gewählt.

Die deutsche Schweiz wollte Maillefer wegen seiner Haltung ihr gegenüber in den Kriegsjahren nicht als Bundesrat schlucken. In der ungewöhnlichen Lage, die durch die Sprengung Grimms entstehen mußte, wo niemand sich gern als Sprengkandidat hergab, versprach eine Kandidatur Maillefer für das Nationalratspräsidium guten Erfolg. Die Berechnung hat sich als richtig erwiesen. Durch diese mit 115 Stimmen erfolgte Wahl kann Maillefer als rehabilitiert betrachtet werden. Seiner gelegentlichen Wahl an Stelle des seit langem als amtsmüde geltenden Bundesrates Chuard steht nichts mehr im Wege. Der „Tag der nationalen Wiedererhebung", des Einzugs eines Adors des Zweiten in den Bundesrat, steht bevor.

Die „Gazette de Lausanne" bezeichnet weiter die Nichtwahl Grimms infolge des Druckes der Volksstimmung als einen „Sieg der direkten Demokratie über die repräsentative Demokratie". Hier handelt es sich um eine grundsätzliche Frage der Staats- und Verfassungspolitik. In unserer letzten Umschau führten wir aus, daß ein Parlament, das sich zu einer Entscheidung durch den Druck von unten zwingen lasse, sich damit selbst den Tod gebe. Insofern deckt sich unser Urteil mit demjenigen Rigassis. Die „repräsentative Demokratie" geht besiegt aus der Nationalratspräsidentenwahl vom 6. Dezember hervor. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit einem Sieg der „direkten Demokratie". Unter direkter Demokratie versteht man die Möglichkeit unmittelbarer Willensäußerung des Volkes ohne die Zwischenstufe einer Volksvertretung, so daß die Wahlen in die Behörden wie die Entscheidung über Gesetzesvorlagen und Verfassungsbestimmungen ohne Zwischeninstanz direkt durch die Volkswahl und Volksabstimmung erfolgen. Das Volk kann so unmittelbar seinen Willen bekunden, es trägt aber auch unmittelbar die Verantwortung für seine Entscheidungen. Dieses letztere Merkmal fehlt nun gerade der „Volksbewegung" gegen Grimm. Sie hat dem Parlament ihren Willen aufgezwungen, diesem aber die Verantwortung überlassen. Sie kennzeichnet sich damit als außer dem Rahmen jeder Verfassung stehender Vorgang, wie man solche in Übergangszeiten und Zeiten unausgeglichenen Staatslebens oft findet. Anderseits ist es sehr wohl möglich, daß man vielerorts bei dieser Aktion eine Art „direkter Demokratie" zu betätigen glaubte. Schon allzuoft in den vergangenen Jahren haben sich der Wille der Volksvertretung und der Volkswille, wie er sich nachher in einer Abstimmung kund gab, nicht gedeckt. In dieser wiederholten Tatsache kann man ein Anzeichen dafür erblicken, daß das „repräsentative System" heute nicht mehr zweckmäßig arbeitet. Warum schließlich Gesetze und Verfassungsbestimmungen vor zwei Instanzen bringen, wenn die eine immer anders als die andere entscheidet und man so eine Arbeit doppelt, ja vier- und sechsfach verrichten muß? Genügt es nicht, wenn die Regierung eine Vorlage ausarbeitet, und eine einzige Instanz, das Volk, darüber entscheidet? Warum künftig die Regierung, die die Richtung der Politik durch die Art ihrer Vorlagen u. a. weitgehend bestimmt, durch eine Zwischeninstanz, die ihrerseits gar nicht mehr Ausdruck des Volkswillens ist, und nicht unmittelbar durch das Volk wählen lassen?

Stelle man sich indessen zu diesen Fragen, wie man wolle: das läßt sich nicht leugnen, daß die allgemeine Unzufriedenheit, die Schimpfsucht, die wie eine vergiftende Welle durch das Land geht, das öffentliche Leben verseucht und fruchtbare politische Arbeit so sehr erschwert, irgendwie auf das heutige Ungenügen der Verfassung zurückgeführt werden muß. Wer seinen politischen Willen nicht derart bekunden kann, daß er diese Bekundung sich in dem von ihm gewollten Sinne auswirken sieht, verlegt sich aufs Schimpfen und grundsätzliche Neinsagen. In weiten bürgerlichen Volksschichten herrscht heute ein Gefühl vor, wonach der einzelne Staatsbürger durch die Bundesbehörden vergewaltigt, vom Parlament verkauft, von einem unter der Asche glimmenden Bolschewismus aufs schwerste bedroht wäre. Werden solche Stimmungen von geschickten Drahtziehern ausgenutzt, so kommt es dann zu den ständigen verwerfenden Volksentscheiden, die so lähmend auf das politische Leben zurückwirken; oder zu wilden „Volksbewegungen", wie der eben gegen Grimms Nationalratspräsidentschaft gerichteten. Man will es denen in Bern wieder einmal

zeigen, wer Meister im Land ist — und schneidet sich selber ins Fleisch! Man will die Würde des Parlaments retten — und entwürdigt es selbst am meisten! Man will dem Aufkommen faschistischer Methoden in der Schweiz vorbeugen — und handelt selbst nach solchen! Alles das ist nur die Gebärde eigener Hülflosigkeit, eigenen Schwächegefühls. Wenn der italienische Faschismus einen Grund für seine Daseinsberechtigung aufführen kann, so ist es der, daß er seine Geburtsstunde in einem Augenblick furchtbarster innerer Not und Zerrüttung hatte, wo so oder so Gewalt und Revolution unvermeidlich waren. Wie viel gnädiger war uns bisher das Schicksal, das unser Staatswesen vor solchen Zwangslagen bewahrte. Daher sind faschistische Methoden in der Schweiz heute Spielerei, bloße Nachäffung ausländischer Vorbilder. Was uns nottut, das ist Leidenschaft zur Politik und politische Urteilskraft, damit Wille und Fähigkeit vorhanden sind, unserm Staatswesen auf verfassungsmäßigem Wege diejenige Erneuerung zu bringen, die es — will es nicht lähmendem Stillstand und schließlichem Verfall entgegengehen — so notwendig braucht.

Zürich, den 18. Dezember 1926.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Das Ergebnis von Genf. — Die deutsche politische Entwicklung.

Gerade ein schönes Schauspiel haben die Verhandlungen der Mächte in Genf nicht geboten. Man hat diesmal der Öffentlichkeit allerhand zugemutet. Es war ja zwar vorauszusehen, daß nach den Ereignissen der letzten Monate eine Einigung in Genf nicht leicht herzustellen sein werde. Deutschland verlangte ja immer vernehmlicher die Einlösung der Versprechungen von Locarno. Auf der Gegenseite aber zeigte sich immer weniger Geneigtheit, diese Versprechungen zu erfüllen. In Frankreich hat sich die finanzielle Lage ja fühlbar gebessert. Der Franken ist ansehnlich gestiegen. Damit ist der Antrieb zum Zusammengehen mit Deutschland etwas schwächer geworden. Sowieso aber kann man bei dem Ministerpräsidenten Poincaré und den andern Nationalisten seines Kabinetts keine besondere Vorliebe für die Politik von Locarno erwarten. Diese ist und bleibt für Frankreich ein Notbehelf. Der andere Partner der Locarno-Verträge, England, glaubt seinerseits gar keine Veranlassung zu haben, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich allzugut werden zu lassen. Die Gefahr eines offenen Zusammenstoßes ist ja seit Locarno und seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf absehbare Zeit hinaus beseitigt. Kleinere Reibereien zwischen den beiden Staaten jedoch werden England immer Gelegenheit geben, die Rolle des großmütigen Vermittlers zu spielen. Außerdem befreit eine solche Lage England dauernd vor der unwillkommenen Bildung eines Blocks der Festlandsstaaten. Diese Entwicklung hat in die Erfüllung der Locarno-Politik eine starke Verlangsamung eintreten lassen. Frankreich zögert mit jedem Schritt, da es immer noch mühsam errungene Positionen aufgeben muß, deren Wert allerdings schon seit längerer Zeit nur noch sehr zweifelhaft ist. England seinerseits bremst ebenfalls so gut das möglich ist, ohne offensichtlich die Rolle des Störefrieds zu übernehmen. Gleichzeitig verficht es auch mit der bekannten Zähigkeit wirtschaftliche Interessen bis zum äußersten. Dafür hat es ja auch alle Veranlassung, da infolge des Kohlenstreiks seine Wirtschaftslage denkbar unerfreulich ist. Alle diese Dinge hat man im Laufe der letzten Monate an zahllosen Einzelheiten feststellen können.

Trotz alledem rückte aber die Zeit unaufhaltsam heran, wo man sich über die Konzessionen an Deutschland schlüssig werden mußte. Deutlich wurde aus Berlin immer wieder daran gemahnt, daß einmal die Überwachungskommission für die deutsche Abrüstung nachgerade verschwinden sollte und daß zweitens auch im Rheinland die Auswirkungen von Locarno längst nicht in dem erwarteten Umfange eingetreten seien. Man wies darauf hin, daß alle diese

Dinge einem Mitgliede des Völkerbundsrates gegenüber doch auf keinen Fall mehr haltbar seien. Die deutsche Regierung unternahm in diesem Sinne immer neue Schritte in Paris und London. So mußte man denn bei dieser übungsgemäßen Sitzung des Völkerbundsrates an die unwillkommene Sache herangehen.

Die Verhandlungen sind nicht leicht gewesen. Sie haben sich sogar länger hinausgezogen, als man ursprünglich annahm. Schuld daran war das vereinte Bemühen Frankreichs und Englands, das unumgängliche Entgegenkommen gegen Deutschland so teuer als möglich zu verkaufen. Zu diesem Zwecke hat man sich wieder einmal hinter die sagenhafte Botschafterkonferenz in Paris verschanzt. Dort wurde vor der Öffentlichkeit eine geradezu unwürdige Komödie gespielt. Man stelle sich nur einmal die Lage vor: Die versammelten Außenminister gaben sich in Genf den Anschein, daß sie ihre Beschlüsse jeweilen nach den Entscheidungen der Botschafterkonferenz in Paris einrichten müßten. Die Herren Außenminister hätten sich also da nach ihren unmittelbaren Untergebenen richten müssen! Das Ganze war natürlich nur ein Manöver, um die Deutschen in Genf unter entsprechenden Druck zu setzen. Mit dieser Taktik hat man erreicht, daß die Verhandlungen längere Zeit vor dem Scheitern zu stehen schienen. Schließlich ist es dann doch zu einem Ergebnis gekommen, da alle Beteiligten unbedingt ein solches nach Hause bringen mußten. Es kam natürlich zu einem Kompromiß, dessen Vor- und Nachteile nun zu erörtern sind.

Recht zweifelhaft ist das Ergebnis einmal für den Völkerbund. Der erweiterte Rat hat in diesen Genfer Verhandlungstagen eine geradezu klägliche Rolle spielen müssen. Die Vertreter der Großmächte verhandelten hinter verschlossenen Türen, ohne sich irgendwie um die andern zu kümmern. Dabei ging es zwar teilweise um Dinge, die den Völkerbund nicht unmittelbar betrafen. Teilweise ging es aber auch um Entscheidungen, die für die künftige Tätigkeit des Völkerbundes von erheblicher Bedeutung sind. All das wurde von den Großmächten allein entschieden. Die andern Ratsmitglieder durften unterdessen Sitzungen abhalten, die niemand interessierten. Und schließlich wurde es ihnen sogar gestattet, zu den Beschlüssen der Großen ihre Zustimmung zu geben. Diese Rolle war sicher den erbitterten Streit um die Ratssitze während des letzten Sommers nicht wert. In Polen hat man das auch mit merkbarer Verstimmung festgestellt. Sogar in der Pariser Presse mußte man gestehen, daß dieses Vorgehen eine allzu offene Mißachtung der kleinern Staaten sei. Trotzdem werden sich diese in Zukunft daran gewöhnen müssen. Es scheint eben doch, daß die Befürchtungen eintreffen, die im letzten Sommer wegen der Ratserweiterung geäußert wurden. Es bildet sich nun innerhalb des durch die Erweiterung unförmig gewordenen Rates ein engerer Kreis der Großmächte, der die wichtigen Entscheidungen allein erledigt. Der Rat kommt erst an zweiter Stelle und die Versammlung gar ist ein reines Schaustück geworden. Außer dieser offensichtlichen Bloßstellung hat der Völkerbund aber auch noch eine recht kitzliche Aufgabe für die Zukunft abbekommen. Völkerbundskommissionen werden von jetzt an die Abrüstung in Deutschland wie in den andern unterlegenen Staaten zu überwachen haben. Dabei ist durch die Bestellung eines französischen Generals zum Vorsitzenden der Kommission für Deutschland von vornherein für deren Tätigkeit keine sehr günstige Vorbedingung geschaffen worden. Wenn sich aus der Arbeit der Kommissionen Schwierigkeiten ergeben, so könnte das für den Völkerbund unangenehme Folgen haben.

Wie lautet das Ergebnis für Deutschland? Es hat die Aufhebung der Abrüstungskommission erreicht. Es hat ferner die von den Franzosen bereits vor längerer Zeit vorsorglicherweise durchgesetzte Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission des Völkerbundes rückgängig machen können. Damit hat die Schraube ohne Ende nun doch noch ein Ende gefunden. Wenn sie in Zukunft wieder in Tätigkeit treten soll, wird das jedesmal im Völkerbundsrat erhebliche Schwierigkeiten absetzen. Wie weit zum Entgelt für diese Vorteile Deutschland in einzelnen Entwaffnungsfragen hat nachgeben müssen, das weiß man heute noch nicht. Die beiden wichtigsten Streitfragen jedenfalls sind einstweilen noch offen geblieben. Damit wird der englische Versuch, die deutsche Ausfuhr auf diesem Wege möglichst zu drosseln, wohl erledigt sein. Dagegen ist die Lage

der deutschen Ostfestungen nun recht unsicher geworden. Die Arbeiten daran sind eingestellt und den Entscheid darüber wird schließlich der Völkerbundsrat zu fällen haben. Wenn die Alliierten also wirklich wollen, werden sie hier ihren Willen durchsetzen können. Dagegen ist allerdings der französische Versuch, diese Festungen bei der Gelegenheit gänzlich zu beseitigen, ebenfalls gescheitert. Nicht durchgedrungen sind diesmal die deutschen Begehren für das Rheinland und das Saargebiet. Hier wird die Auseinandersetzung eben weitergehen. Im Ganzen kann man das Ergebnis für Deutschland nicht als ungünstig betrachten, besonders wenn man die ganze Lage in Genf berücksichtigt.

Frankreich muß den Verlust der Abrüstungskommission in starkem Maße empfinden, da ihm dadurch die Möglichkeit genommen wird, einen ständigen Druck auf Deutschland auszuüben. Immerhin hat es seine Stellung in der neuen Völkerbundskommission gewahrt und auch sonst mancherlei Möglichkeiten offen gehalten, wo es bei Bedarf in Zukunft wieder einsetzen kann.

Im Ganzen bedeutet das Ergebnis von Genf sicher eine weitere Entspannung im deutsch-französischen Verhältnis. Das ist ein offensichtlicher Vorteil. Dagegen ist es auch diesmal nicht gelungen, eine klare Lage zu schaffen. Nach wie vor sind die geltenden Bestimmungen so verwickelt, daß jederzeit die Möglichkeit zu neuen Streitigkeiten besteht, wenn einer der Beteiligten sie gerne haben möchte. Überall hat man zu dem Zweck Hintertürchen offen gelassen.

* * *

Deutschland kann auf das vergangene Jahr mit einiger Befriedigung zurücksehen. Ganz allmählich gewinnt es wieder an Ansehen und politischem Schwergewicht. Die Zahl seiner Bevölkerung, seine wirtschaftlichen Leistungen verhelfen ihm zu neuer Beachtung im Spiel der Völker. Und je mehr die Kriegsbindungen sich überall lockern und verschwinden, je mehr sich die europäische Politik in ein wirres Durcheinander auflöst, desto mehr muß die politische Wichtigkeit Deutschlands steigen. Ein Beispiel dafür bietet das eifrige Betreiben des deutsch-italienischen Schiedsvertrages durch die Regierung Mussolinis. Noch nimmt aber Deutschland bei weitem nicht die seiner innern Kraft entsprechende Stellung unter den Mächten ein. Die Ursache liegt einzig in den durch den Versailler Vertrag aufgezwungenen Bindungen. Einige davon sind in diesem Jahre gefallen, die Mehrzahl aber besteht noch in Kraft. Diese mehr und mehr abzuschütteln, das wird der ganze Inhalt der deutschen Außenpolitik der nächsten Jahre sein.

Unterdessen hat es sich auch an immer mehr Stellen gezeigt, wie unrichtig die Entscheidungen der Friedenskonferenz über die Verteilung von Land und Leuten war. Im Westen ist es klar geworden, daß im Saargebiet für die Franzosen nichts, auch gar nichts zu holen ist. Mit dem Abbau ihrer Gewaltherrschaft ist auch hier wie im ganzen deutschen Westen ihr Ansehen auf den Nullpunkt gesunken. Das gleiche sehen wir in dem „befreiten Belgien", in Eupen-Malmédy, wo die Gemeindewahlen für die belgisch gesinnten Elemente eine vernichtende Niederlage gebracht haben. Allbekannt ist der Ausfall der Gemeindewahlen in Oberschlesien, wo trotz des polnischen Druckes ein großer Erfolg der deutschen Listen erzielt wurde. Und das nach jahrelanger polnischer Herrschaft! Wie würde heute wohl die oberschlesische Abstimmung ausgehen? Und schließlich ist nun auch im Norden oben, im abgetretenen Nordschleswig, die Parlamentswahl zu einem großen Fortschritt der deutschen Partei geworden. So haben Abstimmungen rings um die deutschen Grenzen bewiesen, wie falsch die Abtrennung dieser Gebiete von Deutschland gewesen ist. Das erleichtert natürlich die Zukunftsarbeit der deutschen Außenpolitik erheblich.

Für ihren Erfolg oder Mißerfolg wird die Gestaltung der innern Lage vielleicht entscheidend sein. Hier nun zeigt sich immer mehr eine Annäherung an die Vorkriegsverhältnisse. Die Sozialdemokratie gewinnt allmählich ihre alte Stellung wieder. Die gesamte Linke hat im letzten Jahr einen Erfolg um den andern buchen können. Jetzt richtet sich ihr Angriff vor allem gegen

die Reichswehr, die ihr ein schwerer Dorn im Auge ist. Der künftige Ersatz soll republikanisch einwandfrei, d. h. womöglich von den Gewerkschaften ausgesucht sein. In allen diesen Auseinandersetzungen spielt die Frage der Postenbesetzung, d. h. der Versorgung von Parteiangehörigen, eine große Rolle. Immerhin ist mit alledem die Linke noch nicht zur Herrschaft gekommen. Sie muß vielmehr immer auf Unterstützung von der Mitte her rechnen. Diese ist aber nur von Fall zu Fall zu haben. Ebenso oft aber decken sich die Interessen des Zentrums z. B. mit denen der Rechten. So ergibt sich eine ständige Schaukelpolitik, die für die Leiter der Regierung immer neue unangenehme Verwicklungen schafft. Die Folge ist eine fortwährende Unsicherheit für die Reichspolitik, die natürlich nicht gerade günstig wirkt. Bei der ganzen innerpolitischen Lage ist jedoch an eine Änderung kaum zu denken. Selbst Neuwahlen würden wohl daran nicht viel ändern. So wird dieses ewige Schwanken wohl noch lange das bezeichnendste Merkmal deutscher Politik sein.

Bezeichnend für die deutschen politischen Verhältnisse ist es ferner, daß sich mehr oder weniger öffentlich eine ganze Reihe von politischen Kreisen für Ideen modernster Art oder auch für Dinge betätigen, die an alle alten Auseinandersetzungen innerhalb Deutschlands anknüpfen. Da sind einmal die Pazifisten, die vom besetzten Gebiet aus eine eigene merkwürdige Politik betreiben. Es gibt allerdings auch bei ihnen die verschiedensten Spielarten. Die interessanteste und wegen ihres Einflusses — nicht etwa in Deutschland, sondern in Paris und im übrigen Ausland — beachtenswerteste ist die Gruppe der „Menschheit" mit Förster an der Spitze, die wohl in pathologischer Heruntermachung des eigenen Volkes nirgends ihresgleichen findet. Ihre Fäden sind auch in der Schweiz überall wahrnehmbar.

Von den Gruppen unentwegter Partikularisten sind die Welfen in Hannover am stärksten zur Parteibildung gekommen. Mit echt niedersächsischer Zähigkeit wird hier einer Idee nachgegangen, die nie mehr Aussicht zur Verwirklichung hat: Das welfische Königtum in Hannover. Weniger parteimäßig hervortretend, aber weit stärker verbreitet sind die verschiedenen katholischen Richtungen, die in Anknüpfung an mittelalterliche Romantik und an habsburgische Pläne in ganz Süd- und Westdeutschland an die Arbeit sind, von Wien bis Köln. Auch hier verbindet sich Überlieferung aus längst vergangenen Zeiten mit ganz modernen Ideen. Das merkwürdigste dabei ist jedenfalls die schwarzgelbe Schar der habsburgischen Monarchisten. Man sollte doch glauben, daß die Habsburger in Deutschland keine besondern Anhänger mehr hätten. Man erinnere sich nur an die Politik Kaiser Karls![1]) Gerade an dieses Gewebe knüpft aber heute wieder so manches an!

Auf der andern Seite lebt der alte Kampf zwischen großdeutscher und kleindeutscher Gedankenwelt wieder auf, der praktisch doch immerhin erledigt ist! Zeugnis dafür ist das Buch des Grazer Historikers Kaindl, der sich mit Feuer für das alte Österreich und seine Leistungen einsetzt.[2]) Daß die Leistungen dieses Staates und seiner deutschen Bevölkerung sehr unterschätzt werden, ist allerdings eine Tatsache. Die Form aber, in der die Würdigung heute nachgeholt wird, ist bezeichnend; sie stammt eben auch von der frühern innerdeutschen Auseinandersetzung her. Hält man noch dazu die fortdauernden Ausbrüche des urwüchsigen bayrischen Selbstbehauptungswillens gegenüber den Norddeutschen, so wird man gestehen müssen, daß im politischen Leben Deutschlands nicht so leicht etwas verloren geht!

Aarau, den 18. Dezember 1926.

Hektor Ammann.

---

[1]) Eine Masse Material dazu hat Prof. Fester in seinem Buch über „Die Politik Kaiser Karls" zusammengestellt. (München 1925, J. F. Lehmann, 310 S., geh. 8 Mk.) Hier steigt ein Stück längst begraben geglaubter Familienpolitik wieder auf!

[2]) Österreich, Preußen und Deutschland. Deutsche Geschichte in großdeutscher Beleuchtung. Wien 1926, Braumüller, 320 S., geh. Mk. 9.—.